

NR. 3

Kost nix

Abwie



**Keine Kriminalisierung
linker Projekte!**



Links - Kritisch - Alternativ
FÜR HOHENSCHÖNHAUSEN

Hallo, Leute!

Time's up! Hier ist die neue Abuje. Weihnachten und der Millenium-Wahn sind zumindest für nächste Zeit überstanden und "pölnische Böller" haben doch nicht ganz Berlin vernichtet, so ist die Bilanz, die man in den ersten Tagen ziehen kann. So jetzt erstmal zu Wesentlichen.

Diese Ausgabe ist wieder vollgestopft mit Artikel über linke Inhalte. Leider stammen diese nur aus der Feder der Redaktionsmitglieder. Wir warten immer noch auf Artikel von euch. Die Adresse, die sich geändert hat, steht unten. Damit ihr auch immer in Y2K Termine verwalten könnt, befindet sich ein Kalender in der Heftmitte. Der Kalender ist von der nun knapp 2 Monate existierenden Antifa Hohenschönhausen (siehe Heft). Sonst viel Spaß mit dem Heft und ein schönes, linkes Jahr 2000.



Tschau!

P.S. Vielen Dank auch an den Nazi, der uns eine E-Mail mit Dateianhang geschickt hat. Hätte man den Anhang geöffnet, wären E-Mail-Adressen von unserem Rechner an den Fascho gegangen (Feinderkundung mal anders) und als Hintergrundbild in Windows wäre ein faschistisches Bild aufgetaucht, verknüpft mit ein paar anderen Gimicks. Dies soll nur noch einmal zeigen, daß ihr niemals den Anhang, falls ihr einen E-Mail-Account habt, öffnet, wenn ihr nicht wißt von wem die E-Mail kommt! Macht auch möglichst keine Experimente mit dem Anhang, wenn ihr nicht genug Ahnung habt! Löscht den Dreck einfach!

Neue Adresse : Abuje * Schreinerst. 47 * 10247 Berlin
E-Mail: abuje@mails.ch

„ `Ordnung herrscht in Berlin!` Ihr stumpfen Schergen. Eure `Ordnung` ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon `asselnd wieder in die Höhe richten` und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war, ich bin, ich werde sein. “

ROSA LUXEMBURG

INHALT

- 2 - EDITORIAL**
- 3 - INHALT**
- 4 - BVV**
- 6 - VORSTELLUNG AH**
- 7 - KATEGORIE C**
- 8 - AKTIONSWOCHE**
- 9 - RÜSTUNG**
- 11 - KARL UND ROSA**
- 14 - KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG**
- 16 - ROTE HILFE**
- 18 - SOLI**
- 20 - BUCHVORSTELLUNG**
- 22 - COMIC**
- 24 - GEDICHT**
- 25 - MEHRINGHOF**
- 27 - MUMIA ABU-JAMAL**
- 28 - KURZMELDUNGEN**
- 30 - TERMINE**



„Die Gesetze des Staates sind `zur Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse` “

ROSA LUXEMBURG

Meine erste, und Hohenschönhausens letzte BVV

Sechs regierungslose Wochen gingen ins Land, bis das Abgeordnetenhaus von Berlin sich am 17.11.1999, nachdem die Große Koalition von CDU und SPD mit der Postenverteilung fertig war, konstituiert hat. Nun konnten auch alle BVVen (Bezirksverordnetenversammlungen) ihre Arbeit aufnehmen.

Als einer der beiden jüngsten Verordneten hatte ich mit dem BVV-Ältesten die Aufgabe die konstituierende Sitzung der IV. BVV bis zur Wahl des Vorstandes zu leiten. Während dieser schlug mich die Fraktion der PDS als Mitglied des Vorstandes vor, und die BVV entsprach diesem Vorschlag, so dass nun Christina Emmrich (PDS) als Vorsteherin und ich im Vorstand der BVV sitzen.

Somit teilt sich also meine Arbeit in den neutral- moderierenden Teil im Vorstand, den parteipolitischen Teil in der Fraktion und schließlich den wichtigsten Teil der Sacharbeit in den Ausschüssen für Bildung/Kultur/Sport und Lokale Agenda/Stadtentwicklung/Verkehr/Umwelt/Naturschutz.

Bei der Wahl am 10.10.1999 (bei der es auch in H-Town leider viel zu viele Nichtwähler gab) ergaben sich 15 Sitze für die PDS, 8 für die CDU, 4 für die SPD und 1 Sitz für die Republikaner. Damit sind die Republikaner ein zweites Mal nach 1990 in die BVV eingezogen. Damals noch mit drei Mandaten (wovon allerdings nur eines wirklich wahrgenommen wurde), heute ein Einzelverordneter, der uns allen auch durchaus bekannt ist, nämlich Thomas Kay, der uns im Vorfeld der Wahlen mit seinem Werbebrief "beglückt" hat.

Da es aber beschwerlich ist, den weiten Weg von Zuhause, dem verwöhnten Südwesten Berlins bis hin in den rauen Osten alleine zu bewältigen, führt Kollege Kay immer einen Tross von mindestens zwei Leuten mit. Wie man dabei eine realistische Einschätzung Hohenschönhausener Probleme und Bedürfnisse ermitteln kann, ist mir unklar.

Ich persönlich würde es mir nicht zutrauen, Volksvertreter in Steglitz oder Zehlendorf zu sein, Thomas Kay traut es sich für Hohenschönhausen schon zu. Das Ergebnis sind dann auch solch qualifizierte Anfragen an den zuständigen Stadtrat, wie die nach der Kriminalitätsrate unter Kriegsflüchtlings aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sicherlich gibt es auch

Gesetzesverstöße unter Kriegsflüchtlings (die dann von staatswegen sowieso abgeschoben werden), aber das ist wohl kaum von einer Staatszugehörigkeit abhängig. Wenn man Sicherheitsfragen anspricht, dann müsste man wohl zuerst nach den umherziehenden Abziehcliquen und den "Ich-schlage-mich-einfach-mal-gerne-Leuten" fragen, die nebenbei alle ziemlich Deutsch aussehen. (Deutsche; ein Volk von Verbrechern?)

Hohenschönhausen als Bezirk hat kaum eine Einnahmemöglichkeit von Geldern, so dass er allein von Senatszuweisungen seine Aufgaben erfüllen muss. Im Jahr 1999 erhielt H-Town 297.847.600 DM. Davon mussten 137.012.000 DM allein für die Personalkosten aufgewendet werden (das Bezirksamt ist der größte Arbeitgeber im Bezirk). Der Unterhalt von Schulen, die Kinder- und Jugendhilfe, das Natur- und Grünflächenamt und ähnliche bezirkliche Einrichtungen kosteten 113.621.000 DM. Es bleiben also nicht mehr als 47.214.000 DM für Investitionen. Derzeit ist die Finanzsituation aber noch viel angespannter, weil das Land Berlin eine Haushaltssperre verhängt hat und somit nur ein winziger Bruchteil an Geldern ausgegeben wird. So trifft es auch in Hohenschönhausen die Kinder- und Jugendhilfe, die bis jetzt nur 15% der 1999 verbrauchten Gelder für das Jahr 2000 bekommen wird. Auf Antrag der PDS wurde das Bezirksamt ersucht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen um zumindest den Betrag von 1999 ab Januar 2000 den Projekten und Vereinen der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen.

Das soll's dann auch erst mal gewesen sein mit dem Bericht aus dem Bezirk, der übrigens das letzte eigenständige Jahr ohne Lichtenberg vor sich hat.

Falls Fragen oder Probleme mit dem Bezirk bestehen, wendet Euch über die Fraktion der PDS in der BVV (Große Leege Str. 103) an:

Christian Petermann



Hohenschönhausen

Oder kontaktiert den:

Bezirksvorstand der

PDS-Hohenschönhausen:

Warnitzerstraße 29

13057 Berlin

Tel.: 922 50 58 Fax: 9620 97 27

e-mail: pdshsh@ipn.de

www.home.ipn.de/~pdshsh

ANTIFA HOHENSCHÖNHAUSEN



Das Netz der Antifagruppen im Ostteil Berlins ist endlich komplettiert. Die Antifa hat jetzt auch in HSH den Kampf aufgenommen...

Hohenschönhausen, eine der Hochburgen rechten Gedankenguts und Wohnsitz zahlreicher glatzköpfiger Zeitgenossen und einer der meistgemiedenen Orte für andersaussehende und

andersdenkende Menschen, ist wohl einer der logischsten Ausgangspunkte für die antifaschistische Arbeit. Hier konnten Neonazis und Rassisten (bis jetzt) fast ungestört handeln und wandeln.

DAS WIRD JETZT ANDERS!

Denn seit gut zwei Monaten versuchen wir, eine Gruppe junger Hohenschönhausener, dafür zu sorgen, daß Hohenschönhausen nicht mehr nur von uniformierten Kahlköpfen dominiert wird.

Aktionen wie die Kundgebung am 18.12. letzten Jahres gegen den Naziladen "Kategorie C" (siehe "Abuje"-Artikel) werden in Zukunft keine Seltenheit mehr sein.

Unsere Gruppe tritt für ein humaneres Hohenschönhausen ein, das ohne Rassismus, Faschismus, Sexismus, Diskriminierung von Homosexuellen, Behinderten und anderen Minderheiten endlich von seinem Ruf als unattraktiver, ungeliebter Randbezirk Berlins ablegen kann. Doch auch wir sind auf die Hilfe der Hohenschönhausener angewiesen. Deshalb brecht die rechte Vorherrschaft in HSH!

Keinen Zentimeter Hohenschönhausen mehr den Faschisten!

Wir sind zu erreichen unter:

a) Postweg: Antifa Hohenschönhausen
Schreinerstrasse 47
10247 Berlin

b) e-mail: AntifaH@ghostmail.com

c) Internet: <http://AntifaH.ist-im-netz.de>

Kategorie C

Seit dem 30. Oktober 1999 befindet sich am Prerower Platz 10 der Laden "Kategorie C", der auch laut Eröffnungsflyer als Tattoo- und Piercingstudio fungiert. Schon aus dem Namen läßt sich ein Teil des Sortiments ableiten. So steht die Bezeichnung "Kategorie C", eine Klassifizierung der Polizei von Fußballfans, für die "gefährlichsten "Fans", die nur ein Ziel haben: Krawalle, Zerstörung und Prügelei". Solche "Fans" sind in Hohenschönhausen recht häufig anzutreffen, da hier der Eishockeyverein EHC und der Fußballklub BFC Dynamo beheimatet sind. So können sich die Hooligans, die dort hauptsächlich dem rechten Spektrum zugeordnet werden können und öfters mal nach Spielen "alternative" Jugendliche anfallen, einkleiden. Neben Equipment für Hooligans kann man dort aber auch rassistisches und faschistisches Propagandamaterial erwerben. So gehören zu den angebotenen Waren T-Shirts, Anstecker und Aufnäher von rechtsradikalen Bands wie z.B. Spreegeschwader, Proissenheads, Foiersturm oder Screwdriver. Der Sänger letzterer Band, Ian Stuart, ist bekennender Rassist und Gründer des Neonazi-Netzwerkes "Blood & Honour". Mitglieder dieser Organisation töteten im letzten halben Jahr mehrere Gewerkschafter, Antifaschisten, linke Journalisten und Polizisten in Schweden und Dänemark.

Ebenfalls zum Sortiment von "Kategorie C" gehören T-Shirts der "White Power"-Bewegung, die z.B. die Höherwertigkeit der "weißen Rasse" propagiert. Auch werden Anstecker und Aufnäher mit Schwarz-Weiß-Roten Preußenfahnen, Stahlhelmen, Eisernen Kreuzen und Motiven der nordischen bzw. altgermanischen Mythologie (Thorhammer...) verkauft. Es ist außerdem zu bemerken, daß sich "Kategorie C" zunehmend zu einem Treffpunkt von Nazis entwickelt, da immer häufiger Naziskinheads im Laden anzutreffen waren. So reiht sich "Kategorie C" in die Riege der Naziläden wie Ha-Ra-Kiri, McTrend oder Eastside in Berlin ein, die schon häufiger, zuletzt zur Silvio-Meier-Demo im November diesen Jahres, von AntifaschistInnen thematisiert wurden. Auch wir werden in Zukunft aktiv gegen diesen Laden weiter mobilisieren, da Naziläden in Berlin, nach dem Scheitern von in der Öffentlichkeit auftretenden nationalen Kneipenprojekten wie dem "Café Germania", das 1998 aufgrund von antifaschistischen Widerstand schließen mußte, eine neue Qualität erreicht haben. So sind solche Läden wie "Kategorie C", deren Besitzer schon längst nicht mehr "nur" aus reiner Profitgier den Weg für Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit ebnen, schon jetzt Anlaufpunkte für Jugendliche, die Kontakte zur Naziszene bekommen wollen oder einfach "nur" Infos über die nächsten Naziaufmärsche haben möchten. Außerdem fungieren sie auch schon als Treffpunkte für militante Nazis, die dort Aktionen gegen Menschen planen können, die nicht in ihr eingeschränktes Weltbild passen. Somit tragen diese Naziläden einen großen Teil zum rechten Vormarsch bei, da sie Infos, Ausrüstung und teilweise Platz für Treffen bereitstellen. Deshalb sorgen sie dafür, daß sich die rechte "Kultur" besonders unter den Jugendlichen stark ausbreitet, was besonders die Randbezirke zu gefährlichen Gebieten für Andersdenkende macht. Am Samstag, dem 18.10.1999, gab es schon eine Kundgebung mit 60 Personen am Lindencenter, an der wir uns beteiligten. Natürlich wird dies nicht die einzige und letzte Aktion sein, die gegen den Laden laufen wird. So werden wir den Laden weiter thematisieren.

Antifa Hohenschönhausen

Antifaschistische Aktionswoche

In der Zeit vom 23.1. bis 30.1. 2000 soll es wieder, wie im letzten Jahr, eine Antifaschistische Aktionswoche in Pankow geben. Sie wird vom Antifaschistischen Aktionsbündnis III vorbereitet und soll wieder zahlreiche Veranstaltungen, Kundgebungen oder Demos rund um Antifaschismus und Antirassismus beinhalten. So wird es ein Antifa-Café, mindestens eine Party mit Bands und Filmabende geben. Schon am 23.1., Sonntag, soll eine Führung zu ehemaligen Stätten jüdischen Lebens in Pankow gemacht werden, die speziell auf Schüler ausgerichtet ist. Uhrzeit und Treffpunkt ist wie bei den meisten Aktionen und Veranstaltungen noch nicht fest, wird aber noch über Plakate und Aufrufe bekanntgegeben.

Am Dienstag, den 25.1., wird eine Führung auf dem Friedhof Weißensee sein. Einen Tag später wird es eine Veranstaltung mit einer Überlebenden aus dem KZ Ravensbrück geben und am Donnerstag, den 27.1. wir Irmgard Klaus über den Widerstand 1933-1945 referieren. Am Samstag wird eine Demo gegen Antisemitismus sein. Der Abschluß der Aktionswoche bildet eine Demo am 30. Januar gegen die Bundeszentrale der Republikaner, die sich seit dem 2. Februar 1999 in der ehemaligen Garbáty-Villa in der Berliner Straße befindet. 60 Jahre zuvor war der Besitz der Familie Garbáty im Rahmen der Enteignung jüdischen Vermögens durch die Nazis zwangsarisiert worden. Schon bei Bekanntwerden der Absicht der Republikaner, in die Villa zu ziehen, gab es Proteste einer breiten Öffentlichkeit. Doch bis heute wird die Rep-Zentrale immer wieder thematisiert, denn Widerstand braucht Kontinuität.



Neben diesen zahlreichen Aktionen wird es einiges mehr noch geben. Auch diese Veranstaltungen werden dann auf Plakaten und Aufrufen bekanntgegeben. Bleibt nur noch eins:

**Beteiligt euch an
Veranstaltungen oder an
den Demos!**

Tschau, und man sieht sich!

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Wenn man heute die Eindrücke, die man durch mannigfache Bücher und Filme, Diskussionen und Unterricht über das Dritte Reich über Faschismus und Nationalsozialismus gewonnen hat, zu resümieren sucht, dann drängt sich der Vergleich mit dem heutigen System und den damit verbundenen Werten und Dogmen förmlich auf. Die meisten von uns haben längst den Staatsterrorismus und die offene Identifikation des Staates und eines beträchtlichen Teils seiner Bevölkerung mit Nationalismus und Faschismus, bemerkt oder bereits kennengelernt.

Auch sind der politische Rassismus in der Ausländerpolitik und die große Akzeptanz und Toleranz von faschistischen Gedankengut durch den Staat ein Indiz für die Ausrichtung der deutschen Politik christ-"demokratisch", "grün", "liberal" oder "sozialdemokratisch".

Doch beschränkt sich der kritische Blick leider zu oft auf die Politik, die sich durch Lügen und Heuchelei in der Öffentlichkeit manifestiert. Zu selten wird ein Blick auf die Faschisten hinter der Regierung geworfen, die gemeinsam mit den Erben der IG-Farben die deutsch-faschistische Außenpolitik mit einem unglaublichen Engagement betreiben, deren Auswirkungen sich zwar in den Handlungen der Politik widerspiegeln, deren Wurzeln aber im Jahrhunderte alten Konsens zwischen Politik, Rüstung und einem blinden Gewinnstreben liegen.

Zu keinem Zeitpunkt in der Nachkriegsgeschichte der BRD wurde ernsthaft eine Entnazifizierungs-, bzw. Dezentralisierungspolitik betrieben, wie sie auf der Potsdamer Konferenz, unter anderem beschlossen worden war.

So ist es heute nicht verwunderlich, daß dieselben Faschisten wie damals, heute neben Waschmaschinen auch Panzer und neben Kühlschränken auch Panzer produzieren, die dann von der NATO, als Arm des westlichen Faschismus, gegen Zivilisten und souveräne Staaten zum Einsatz gebracht werden.

Und gerade hier zeigt sich die zweite Grundintention unserer großdeutschen Rüstungsindustrie, wenn durch das Streben nach Gewinn die weltweiten Börsen eher eine Art Body-Count darstellen.

So ist es nicht verwunderlich, daß zur Zeit des Kosovo Krieges die Aktien der Rüstungskonzerne fast parallel zur Anzahl getöteter Menschen, in vor dem Krieg unbekannte Extreme stiegen. Es ist die deutsche Rüstungsindustrie und damit auch

die deutsche Politik, die auf der einen Seite Ingenieure und Pläne Chemiewaffen und -gebäude in Spannungsgebiete liefert und auf der anderen Seite der NATO bei der "Befriedung" dieser so erst wirklich entstanden Krisengebiete mit Bomben und Anti-Personen-Minen unterstützt, wie es 1988 in Libyen und wenige Jahre später in der Golfregion der Fall war.

So wurde zum Beispiel Giftgas, dessen Produktion erst durch Deutschland ermöglicht wurde, am 16.3.1988 gegen die Kurden im Irak eingesetzt. Bei diesem, gegen das nur noch rein hypothetisch existierende Völkerrecht verstoßenden, Angriff auf die südkurdische Stadt Halabja starben mindestens 12000 Menschen, während die Gewinne der deutschen Firmen, die den Irak freundlich unterstützten und unterstützen in den Millionen, bzw. Milliarden liegen dürften.

Mindestens 10 deutsche Großkonzerne (Mercedes Benz, DASA, Krauss Maffai AG...) beteiligten und beteiligen sich aktiv an der Verfolgung, Kriminalisierung und Ermordung von kurdischen Zivilisten und Freiheitskämpfern durch die Türkei, indem sie unter den wohlwollenden Augen der jeweiligen Regierung, ihre Waffensysteme unter unglaublichen Gewinnen ausführen.

Neben der Entwertung des menschlichen Lebens durch die Verbindung von Menschenverlusten und finanziellen Statistiken, wurde wieder einmal und wird jede Minute, mit jedem Panzer, der produziert und mit jeder Patrone, die ausgeführt wird, gegen das Grundgesetz (unter anderem Artikel 26) verstoßen. Denn durch die deutsche Rüstung und die Ausfuhr zum Führen von Kriegen und der Ermordung von Menschen bestimmter "Produkte", wird jede Sekunde in Deutschland ein Angriffskrieg vorbereitet oder bereits geführt, da Deutschland sich damit aktiv an Kriegen in aller Welt und an den, in der Öffentlichkeit stets von ihm geächteten, mannigfachen Verbrechen gegen das menschliche Leben und der Würde des Menschen beteiligt. Und um die weiße Weste rein zu halten, legitimiert dieser Staat dann, die Verbrechen, die er sonst gierig außenpolitisch bestraft durch Rüstungsverträge, Heuchelei und leere Phrasen, sowie durch ein inzwischen wert- und damit inhaltsloses Grundgesetz und einer nur noch zu belächelnden Verfassung.

Und nun stehen auch noch die EU-Richtlinien vor der Entwertung. Richtlinien, die ohnehin schon eine Form des Wirtschaftsfaschismus darstellen, wenn sie

nach einer wirtschaftlichen Vormachtstellung einiger reicher, elitärer Staaten und der Abgrenzung ärmerer Staaten, denen gerade Integration helfen würde, streben.

Nun tritt in all den Jahren der Heuchelei auf nationaler und internationaler Ebene zum ersten Mal die wirkliche Einstellung und Richtung ihrer Politik ans Tageslicht, wenn die europäischen "Herrenstaaten" die Menschenrechte in aller Öffentlichkeit, den wirtschaftlichen Interessen einer Minderheit gegenüber, als minderwertig erklären.

In den nächsten Jahren soll z.B. die Türkei 2000 deutsche Panzer erhalten, weiter mehrere hundert Eurocopter aus deutsch-französischer Produktion, sowie die regelmäßig gelieferten und gegen Kurden eingesetzten Rüstungsprodukte aus deutscher Produktion wie Gewehrmunition, Raketen und Bomben.

Da in den EU-Richtlinien die Menschenrechte auf theoretischer Ebene den höchsten Stellenwert einnehmen, wird versucht nach außen hin zu suggerieren, die deutschen Rüstungsprodukte würden nicht gegen die Kurden eingesetzt werden. Nun stellt sich hier die Frage ob die Politiker und Rüstungsbosse alle bescheuert sind oder uns für völlig bescheuert halten. Oder wieso versuchen sie uns verzweifelt klar zu machen es wäre möglich Waffen so zu vertreiben, daß sie nicht gegen Kurden eingesetzt oder Menschenrechte verletzt könnten.

Es ist doch ein Fakt, dass Waffen egal wo nur zum Brechen von Menschenrechten konzipiert und produziert werden, es ist doch ein Fakt, daß keine Waffe aus deutscher Produktion in Kurdistan plötzlich nicht mehr feuern würde und es ist ein Fakt, daß Fotos beweisen, daß solche Versuche sich schon in der Vergangenheit als verblendet erwiesen haben, schließlich zeigten sie deutsche Panzer in Kurdistan. Und daß es sich hierbei nicht um humanitäre Hilfseinsätze gehandelt hat, dürften die jährlich steigenden Zahlen an ermordeten und gefolterten kurdischen Zivilisten und Freiheitskämpfern beweisen.

Es ist einfach lächerlich zu versuchen, die zu erwartenden und unumgänglichen Auswirkungen von Rüstungsgeschäften hinter Rechten und Werten zu verstecken, die in der jüngsten Vergangenheit tausendfach gebrochen wurden, Werte und Rechte, die angesichts der Willkür, Scheinheiligkeit und Kontinuität mit der sie selbst von ehemaligen Pazifisten entwertet werden, die Frage aufwerfen, ob sie überhaupt jemals einen Wert besaßen. Die heutige Politik und die Vergangenheit der Menschheit scheinen mir diese Frage jedoch zu

verneinen.

Leider scheint die Rüstung, ebenso wie die Bundeswehr einen so hohen Integrationsgrad in der Gesellschaft zu haben, daß es schwerlich realistisch scheint, man könne der Bevölkerung die Tragweite deutscher Rüstung aufzeigen, Rüstung die Jahr für Jahr Milliardengewinne einfährt, einzig und allein durch Mord und Vertreibung. Wie sollte man einer Bevölkerung in Diskussionen gegenüber treten, deren Großteil den Kosovo-Krieg für gerechtfertigt hielt, ohne auch nur im Ansatz, die Rolle der deutschen Politik und die Beteiligung der Rüstung am Völkermord zu hinterfragen. Eine Bevölkerung die jährlich Millionen spendet ohne zu wissen wofür und warum, die es ignoriert wenn die Rüstung Milliarden durch Anti-Personen Minen verdient, eine Bevölkerung die lieber Idolen im Kampf gegen Waffen folgt als ihrem Verstand.

Es liegt an uns dieses System und damit die Rüstungsindustrie zu bekämpfen und zu zerstören. Denn nur so und nicht anders können wir verhindern, daß von deutschem Boden je wieder Krieg ausgeht, wie es im Moment kontinuierlich der Fall ist. Nur so können wir den Antimilitarismus und somit Werte und Rechte von Menschen, wie das Recht auf Leben, das gerade durch Deutschland und die NATO eher einen sarkastischen, denn einen ernstzunehmenden Beigeschmack bekommen hat, wirksam stärken.

Und nur so können wir diese Werte und Rechte endlich in die Praxis umsetzen und diese verschissenen Massenmörder, Volksverhetzer und rädigen Faschisten für den millionenfachen Mord und die millionenfache Vertreibung bezahlen lassen und endlich dafür sorgen, daß solche Schweine nie wieder an die Macht kommen.

P.S. Überlegt doch einmal was man mit den Milliarden, die Deutschland für Waffen ausgibt alles verändern könnte!!!

NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!



Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Wie auch in den Jahren zuvor gibt es auch dieses Jahr am 9. Januar eine Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Jährlich nehmen ca. 100.000 Menschen teil, um zu zeigen, daß sie den Kapitalismus nicht als letzte Weisheit der Geschichte akzeptieren und die aktuellen Lebensbedingungen verändern wollen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kämpften ihr Leben lang, um dies zu erreichen. Deshalb soll es sich in diesem Artikel um diese beiden Menschen drehen.

Rosa Luxemburg wurde am 5.3. 1871 in Polen als Tochter der Juden Elias und Lina Luxemburg geboren. 1883 zog die Familie nach Warschau in eine der unzähligen Mietskasernen. Seit ihrem fünften Lebensjahr hinkt Rosa, wodurch sie ihren Altersgenossen entfremdet wird. Sie schreibt schon im Kindesalter Erzählungen und Gedichte.

Nachdem sie Mitglied der verbotenen Bewegung "Proletariat" geworden, flieht sie in die Schweiz, um das Studium des Rechts und der Volkswirtschaft aufzunehmen. In den 90-er Jahren des 19. Jahrhunderts gründet sie mit Leo Jogiches die Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP). Im



Karl Liebknecht

Mai 1898 siedelt sie nach Berlin über und tritt der SPD bei. Dort kämpft sie im linken Flügel gegen eine Aufweichung des Marxismus und gegen revisionistische Kräfte. Im Frühjahr 1903 unterstützt sie den Wahlkampf in Chemnitz mit einer Rede, woraufhin sie wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Haft verurteilt wird. Zu großen Teilen ist es ihr zu verdanken, daß die sozialistische Bewegung einen Aufschwung erreicht. Jedoch ist sie nicht verblendet und kritisiert schon 1904 die "Engstirnigkeit" und Autorität Lenins. 1905 und 1906 unterstützte sie die Volksaufstände in Polen und Rußland, wurde verhaftet, konnte jedoch nach Finnland fliehen und mit u.a. Lenin und Trotzki konferieren. Nach ihrer Rückkehr mußte sie sich erneut auf Parteitag mit gemäßigten Kräften der SPD wie Karl Kantsky oder den späteren

Reichspräsident Friedrich Ebert auseinandersetzen, die sich in einem undemokratischen Parlament (aufgrund des 3-Klassen-Wahlrechtes) etablieren wollten und Massenstreiks ablehnten. Schon 1911 argumentierte sie gegen den sich ausbreitenden Chauvinismus, Nationalismus und Militarismus. Durch eine Rede dagegen kam sie für ein Jahr in den Knast. Bei ihrer Gerichtsverhandlung hält sie eine feurige Rede gegen Militarismus und initiiert eine Aktion, in der sich Soldaten gegen ihre sadistischen Kommandeure wehren können.

Nun komme ich erst einmal zu Karl Liebknecht, der am 13. August 1871 in Leipzig geboren wurde. Bei seinem Vater handelt es sich um den Sozialdemokraten Wilhelm

Lieb knecht. Er studiert Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Leipzig und Berlin. Ab 1899 eröffnet er mit seinem Bruder eine Rechtsanwaltskanzlei in Berlin. Ein Jahr später tritt er in die SPD ein. Schon im November 1901 wird Lieb knecht in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis 1913 angehört. Von 1907-1910 ist er Präsident der sozialistischen Jugendinternationale, für die er 1907 aufgrund einer Programmschrift "Militarismus und Antimilitarismus" wegen Hochverrats zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt wird. Noch während seiner Haftzeit wird er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. 1912 wird Lieb knecht Mitglied des Reichstags. Er steht auf der äußersten Linken der SPD, propagiert den Einsatz des Generalstreiks als Kampfmittel und vertritt eine radikal antimilitaristische Position.



Rosa Luxemburg

Am 1.8. 1914 erklärt Deutschland Rußland den Krieg, am 4. August stimmte die SPD-Fraktion den Kriegs anleihen zu, Lieb knecht und Luxemburg sind dagegen. Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und Karl Lieb knecht veröffentlichen eine Erklärung gegen den Krieg, die im neutralen Ausland, in der "Berliner Tagwacht" tatsächlich veröffentlicht wird. Im Februar 1915 wird Lieb knecht als Armierungssoldat zum Militärdienst eingezogen, womit ihm jede politische Betätigung, außer der im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus,

untersagt ist. Trotzdem ist er an der Bildung der Gruppe "Internationale" beteiligt, die später als Spartakusbund bekannt wird. Im Januar 1916 beginnen Lieb knecht und Luxemburg mit der Herausgabe der von ihnen verfaßten "Spartakusbriefe". Lieb knecht wird daraufhin wegen seiner radikalen Kritik an der Fraktionsmehrheit aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen.

1916 wird Rosa Luxemburg aufgrund ihres Widerwillens gegen den Krieg inhaftiert. Auch Lieb knecht wird in diesem Jahr wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Berufungsinstanz wird die Strafe auf vier Jahre und einen Monat erhöht. Im Oktober 1918 wird er aber aufgrund einer allgemeinen Amnestie begnadigt. Als die russische Oktoberrevolution 1917, also während der Haft der beiden, erfolgreich ist, ist Luxemburg begeistert. Sie vertritt die Auffassung eines internationalen Sozialismus, der durch die Zustimmung einer breiten, aufgeklärten Masse demokratisch erfolgen sollte. Am 7.11.1918 fordert die SPD den Waffenstillstand und das Abdanken des Kaisers. Einen Tag später kommt Rosa frei. Zusammen mit Lieb knecht übernimmt sie die Führung des Spartakusbundes und gibt dessen Zentralorgan, die "Rote Fahne", mit heraus. Lieb knecht lehnt seit diesem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit mit der SPD und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) ab. Am 9.11. proklamiert Phillip Scheidemann (SPD) die Republik, zeitgleich, einen Kilometer entfernt ruft Karl Lieb knecht die sozialistische Republik aus. In der Nachkriegszeit ist die

paktiert mit den alten Kriegstreibern, Großindustriellen und konservativen Kräften. Hauptfeind sind die "Spartakisten" unter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Regierung repressiert gegen revolutionäre Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Am 30. Dezember 1918 geht die KPD aus den Spartakusbund hervor, obwohl Rosa Luxemburg gegen den Namen KPD war. Viele junge Revolutionäre wollten dem Beispiel Rußlands nacheifern, aber Rosa verteidigte ihnen gegenüber ihre humanistischen Werte von Moral und Demokratie und verurteilt den Terror der Bolschewikenregierung in Rußland. Während Karl Liebknecht zum Sturz der Regierung aufruft, vertritt Rosa die Meinung, daß dies verfrüht sei. Der Aufstand einiger Hunderttausend Arbeiter, Soldaten und Matrosen im Januar, der sogenannte "Januaraufstand", wird blutig durch die Ebert-Regierung niedergeschlagen. Mordende rechte Freikorps ziehen durch die Straßen und finden zuletzt auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Am 15. Januar werden sie erst im Eden-Hotel verhört, dann zusammengeschlagen und ermordet. Anschließend werden sie in den Landwehrkanal geworfen.

Wie man an diesen beiden Lebensläufen sieht, kämpften diese Menschen ihr ganzes Leben für eine gerechtere Gesellschaft und ließen sich nicht durch Rückschläge wie Verhaftungen und lange Haftstrafen davon abhalten. Somit sollte man auch dieses Jahr wieder Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedenken. Trotzdem sollte dies nicht der einzige Grund sein, wieso man am 9. Januar auf die Straße geht. So muß der Kampf, mit dem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbunden sind, fortgeführt werden, denn das Ziel heißt heute wie zu Lebzeiten dieser beiden großen Linken die Abschaffung des Kapitalismus und Aufbau einer internationalen sozialistischen Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Faschismus und Krieg.



Um diese Inhalte zu vermitteln, nehmt an der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration am 9. Januar 2000 um 10 Uhr teil. Der Treffpunkt ist am Frankfurter Tor.

“Soldaten sind Mörder“

K. Tucholsky

Nun ist es soweit, endlich 17. Viel Geburtstagspost liegt im Briefkasten. Doch leider befindet sich darunter auch so manches Schwarzes (Braunes?) Schaf: viele Grüße von der **Bundeswehr!** Für alle diejenigen von Euch, die kein Bock auf den Dienst an der Waffe haben, wollen wir hiermit eine 3-teilige TIPS-TRICKS-SERIE starten. Sie soll euch den Weg durch das Labyrinth der Bundeswehr ebnen, damit Ihr am Ende als anerkannte Zivis oder Totalverweigerer dasteht.

Die Erfassung

Die Erfassung ist der erste Schritt zum Kriegsdienst mit oder ohne Waffe. Das bedeutet im Einzelnen zum Beispiel:

- eine Zwangsgemeinschaft junger Männer in einem System von Befehl und Gehorsam an einem Ort, den das Militär Dir vorschreibt (das Prinzip des Gehorsams gilt auch im Zivildienst)
- Aufhebung von einigen zentralen Grund- und Menschenrechten (Recht auf freie Meinungs-Äußerung, freie Wahl des Wohnsitzes...)
- eventuell ein Ticket in ein Kriegsgebiet dieser Welt

Achtung: Zivis sind eingeplant für den „Ernstfall“ Krieg! Zivildienst ist Kriegsdienst ohne Waffe (z.B. Einsatz als Minenräumer)



1933 oder 2000?

Wehrmacht oder Bundeswehr?

Das Kreiswehersatzamt (KWEA) braucht als Einberufungsbehörde für die Bundeswehr die persönlichen Daten aller Wehrpflichtiger in seinem Bereich. Es wird daher der Jahrgang, der das achtzehnte Lebensjahr vollendet, erfaßt. Die Meldebehörde unterrichtet Dich von der Erfassung, gibt Dir die zur Übermittlung an das KWEA vorgesehene Daten bekannt und fordert Dich auf, fehlerhafte Daten richtig zu stellen.

17 Jahr...

Bereits am dem 17. Geburtstag bist Du nach dem Wehrpflichtgesetz gezwungen, für einen

Auslandsaufenthalt, der länger als 3 Monate dauert, eine Genehmigung des zuständigen KWEA einzuholen. Bei Nichtbefolgen kann Dir die Einberufungsgrenze auf 28 heraufgesetzt werden. Bloß: Was das KWEA nicht weiß...

Fragebogen zur Musterungsvorbereitung

In diesem Fragebogen möchte Dich das KWEA aushorchen: Sie wollen wissen, was Du gerade machst (Schule/Ausbildung), was Du später vorhast (Berufs-/Studien-/Lebensplanung), Schul-, Arbeitgeberanschrift ...

Dieser Fragebogen soll Dich besser einplanbar machen!

Das Ausfüllen kann **jeder** verweigern.

Je weniger das KWEA von Dir weiß, desto besser! Du bist auf dem richtigen Weg: Du läßt nicht einfach alles mit dir machen. Du kommst nicht wie eine Ratte, wenn der Rattenfänger pfeift.

Der Zurückstellungsantrag

Falls Du Dich vom Kriegsdienst zurückstellen lassen willst (z. B. Schule, Ausbildung, Studium...). Kannst Du das auch tun, wenn du den Fragebogen nicht zurückgesandt hast, da Zurückstellungsanträge grundsätzlich erst nach der Musterung bearbeitet werden.

14 KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Der KDV-Antrag

Einen Kriegsdienstverweigerungsantrag (KDV-Antrag) kannst Du stellen, wenn Du älter als 17 ½ Jahre bist und so lange Du lebst, denn es handelt sich hier um ein Grundrecht (GG Art. 4 Abs 3). Allerdings solltest Du auch einen KDV-Antrag nicht zu früh stellen, denn dieser Antrag wird nicht vor der Musterung bearbeitet.

Merke: 1. Keine Daten für das KWEA

- 2. Nicht voreilig einen Zurückstellungsantrag, KDV-Antrag oder sonstige Anträge stellen**
- 3. Rechtzeitig eine Beratungsstelle aufsuchen**

Nun ist es soweit

Du sollst gemustert werden. Mit Hilfe der Musterung soll festgestellt werden, ob Du kriegsverwendungsfähig bist. Laut Wehrpflichtgesetz sollen alle Wehrpflichtigen, die das 18. Lebensjahr haben, auf ihre Tauglichkeit hin untersucht werden, auch diejenigen, die den Kriegsdienst verweigern wollen. Bei der Untersuchung soll die körperliche und geistige Kriegsverwendbarkeit geprüft und benotet werden, mit Hilfe von sechs Tauglichkeitsstufen: Vier (T1, T2, T3, T7 führen zur Einberufung; die fünfte (T4) bedeutet vorübergehende Nichteranziehung (automatische Zurückstellung) und die sechste (T5) führt zur Ausmusterung. Die Tauglichkeitsrate variiert je nach Bedarfslage der Bundeswehr.

Die Musterungsverweigerung

Durch die Musterungsverweigerung/-verzögerung kannst Du Zeit gewinnen, um Verschiedenes zu erreichen, das dich vor der Einberufung schützt:

Deinen 25.Geburstag (Einberufungsgrenze)

Zurückstellung (Schule,...)

Vorbereitung anderer Anträge (ärztl. Gutachten, Unabkömmlichkeit)

Familie gründen,...

Vor allem ist die Musterungsverweigerung der sicherste und einfachste Einberufungsschutz!

Sie ist keine Straftat, sonder nur eine Ordnungswidrigkeit (wie Falschparken).

Die Serie wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt. Wer schneller Hilfe oder Infos benötigt, kann sich an diese Adresse wenden:

Beratungsstelle der Kampagne gegen Wehrpflicht, Militär, Zwangsdienste

10999 Berlin Oranienstrasse 25 Tel.: 030/
61500530/ 31

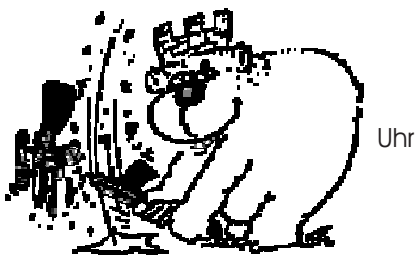
Fax.: 030/ 61500529

Montag- Freitag 10.00 - 18.00 Uhr

Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30

E-mail: info@kampagne.de

internet: <http://www.kampagne.de>





Rote Hilfe

Was tun, wenn's brennt?

(Fortsetzung)

Bei Festnahmen:

Wirst du selbst festgenommen, mache auf dich aufmerksam (Fluchen!) und rufe deinen Namen, damit sich die Umstehenden diesen merken (ach dafür, Zettel und Bleistift!) und an den Ermittlungsausschuß (EA) weitergeben können. Wieder zu Hause notiere dir die Umstände der Festnahme, ggf. Zeugen, am besten ein richtiges Gedächtnisprotokoll. Dieses sollte der Ermittlungsausschuß bekommen, so es einen gibt, andernfalls erstmal aufbewahren. Oftmals erfahren die Betroffenen erst Monate später davon, daß ein Ermittlungsverfahren gegen sie läuft, dann ist so ein Protokoll Gold wert.

- beim Abtransport -

Auf der Fahrt zu Gefangenensammelplätzen oder Revieren sprich ggf. mit den anderen Festgenommenen über eure Rechte, aber mit keinem Wort über das, was ihr oder du gemacht habt/hast. Das wäre nun wirklich nicht das erste Mal, wenn da ein Spitzel unter euch ist, auch wenn du ein gutes Gefühl zu allen hast.

Achte auf andere und zeige dich verantwortlich, wenn sie mit der Situation (Festnahme und so) noch schlechter klar kommen als du, das beruhigt auch dich, redet darüber, daß es Sinn macht, von jetzt ab konsequent die Schnauze zu halten. Tausche mit deinen Mitgefangenen Namen und Adressen aus, damit die/der zuerst Freigelassene den Ermittlungsausschuß informieren kann.

- auf der Wache -

Bei der Identitätsfeststellung bist du nur verpflichtet, Angaben zu deiner Person zu machen, d.h.: Name, Adresse, Geburtsdatum und ungefähre Berufsangabe (Arbeiterin, Angestellter, Studentin, Erwerbsloser). Kein Wort mehr! Nichts über Eltern, Schule, Firma, Wetter, einfach:

Gar nix!

Keine Angaben zur Sache. Falle nicht auf Psychokisten rein, weder auf die guten Onkels und Tanten, die ja volles Verständnis für dein Anliegen haben, noch auf die Brutalo-Bullen, die dir gleich die Fresse polieren wollen. Behalte die Übersicht und deinen Kopf unter Kontrolle. All die feinen taktischen Schachzüge, die dir durch den Kopf gehen, wie du die Bullen reinlegen oder dich aus dem Schlamassel bringen könntest, veriß sie! Jede Situation ist günstiger, um sich was Schlaues zu überlegen, als die, wenn du bei den Bullen sitzt, und alles wirklich alles - ist auch nach Absprache mit deinen GenossInnen und dem/der AnwaltIn möglich, auch wenn die Bullen dir erzählen, daß es zu deinem Vorteil gereiche, wenn du ihnen gegenüber Aussagen machen würdest.

Wenn du meinst, dir würden Sachen vorgehalten, mit denen du gar nix zu tun hast - halt bitte trotzdem die Klappe. Denn was dich entlastet, kann jemand anderen belasten, wenn von zwei Verdächtigen einer ein Alibi hat, bleibt immer noch einer über! Wenn du meinst, du steckst schon so tief im Schlamassel, daß du lieber alles zugeben willst, damit du nicht so hart verknackt wirst, shut up your mouth! Erst nachdem dein(e) AnwältIn Akteneinsicht hatte und ihr euch beraten habt, läßt sich eine gute Strategie festlegen. Wenn du erstmal gequatscht hast, nützt dir auch der/die beste AnwältIn kaum noch was. Außerdem reißt du womöglich unbeabsichtigt andere Leute mit rein. Und ein Argument für ganz Störrische: Ein Geständnis vorm Richtertisch zahlt sich immer mehr aus als bei den Bullen, wenn's denn schon sein muß!

Nach der Festnahme hast du das Recht, zwei Telefongespräche zu führen. Nehme also 2 mal abgezählte 12 Pf. mit. 50 Pf. können die Bullen leider nicht wechseln und annehmen dürfen sie leider auch nicht, weil das ist dann **B e a m t e n b e s t e c h u n g . . .** Wenn PolizistInnen dir dieses Recht verweigern, nerv' sie, besteh' darauf und droh' mit einer Anzeige. Bei Verletzungen einen Arzt verlangen, der ein Attest anfertigt. Nach der Freilassung einen weiteren Arzt aufsuchen, der ebenfalls Verletzungen attestiert. Bei beschädigten Sachen schriftliche Bestätigung verlangen. Bei ED-(erkennungsdienstlicher) Behandlung (Fotos/Fingerabdrücke) lege sofort Widerspruch ein und lasse diesen protokollieren.

Wie lange mußt du brummen?

- zur Identitätsfeststellung -

Wenn du Tor keinen Ausweis dabei hast, höchstens zwölf Stunden.

- als Zeuge zur Vernehmung -

Sofort nach der Identitätsfeststellung und der verweigerten Aussage (auch als Zeuge bei den Bullen dein gutes Recht!) mußt du entlassen werden.

- als Verdächtiger einer Tat -

Nach 48 Stunden, besser, bis Mitternacht des darauffolgenden Tages mußt du entweder freigelassen worden sein oder einem Haftrichter vorgeführt werden.

- beim Haftrichter -

Auch hier nur Angaben zur Person machen. Falls noch nicht geschehen, unbedingt weiterhin Kontaktaufnahme zu deinem/r AnwältIn oder deinen FreundInnen fordern. Wird Haftbefehl erlassen, laß die Beauftragung deines/r AnwältIn bzw. die Benachrichtigung von namentlich genannten anderen Personen protokollieren.

Laß dich nicht hängen und halte durch: "Wenn der Richter gestanden hat, holen wir dich raus!"; "In Rußland haben sie die Revolution auch nicht an einem Tag gemacht!"; "Mühsam nährt sich das Eichhörnchen!"; "Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter!" Solche und ähnliche Durchhalteparolen versüßen den Knastaufenthalt zwar auch nicht entscheidend, aber was willst du machen ...

Wenn du wieder draußen bist

Melde dich unbedingt beim EA wieder an und bei deinem/r AnwältIn und dann kannst du dich hoffentlich verwöhnen lassen und relaxen. Nimmst du diese Verhaltensregeln in Kopf und Bauch auf, bist du gut gerüstet, um gegen die Staatswillkür die Nerven zu behalten.

ENTSICHERT

der Polizeistaat läßt nach...

Das Konzept der „Inneren Sicherheit“ von der historischen Herleitung über die Umstrukturierung der Innenstädte, Rolle der Antifa-Bewegung, Schengener Abkommen und Gen-Datei.

Broschüre der AA/BO
64 Seiten stark
Einzelpreis: DM 5.-
WVP: DM 3,50



Broschüre

Zu bestellen über:

Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444 • 24125 Kiel

Bitte 4,- DM
Versandkosten beilegen!



Antifaschismus hat eine Nummer!

*Demotermine **030 / 27560756**

*Veranstaltungstips

*antifaschistische Aktionen

Infos auch im Internet abrufbar,
unter <http://www.antifa.de>

Ein Service der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB)
Engeldamm 68 - 10179 Berlin



Plakate zum Bestellen



Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

Plakate DIN A 2, 2-farbig
Der Text verweist auf die
Fluchtgründe von KurdInnen
und fordert eine politische
Lösung des
Kurdistankonfliktes.

(0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse
zzgl. Porto (bis 50 Ex. 6,90 DM,
ab 50 Ex. 10 DM Porto)
Kto. Nr.:15967660, BLZ: 590 100 66
(Postbank Saarbrücken)

AKTION 3.WELT Saar,
Postfach 1133, 66674 Losheim

Angehörigen

Das Angehörigen-Info erscheint seit dem Hungerstreik '89 der politischen und kämpfenden Gefangenen in der BRD für Zusammenlegung in große Gruppen, freie Kommunikation und Freilassung aller Haftunfähigen.

Info

Vierzehntägig informiert es aktuell und authentisch über die Situation und Diskussionsbeiträge revolutionärer Gefangener hier und weltweit. Es wird herausgegeben von Angehörigen & FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD. Abonniert das „Angehörigen-Info“. Bestellungen über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, ein Halbjahresabo kostet 27,- DM.

AZADI

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

AZADI unterstützt die Menschen, die aufgrund ihrer Arbeit für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in Deutschland der politischen Verfolgung ausgesetzt sind.

AZADI ist auf Ihre Solidarität, Spenden und Mitarbeit angewiesen.

AZADI
Koelhoffstraße 10
50676 Köln

Spendenkonto:
Ökobank Frankfurt/M
BLZ: 500 901 00
Kto.-Nr.



WEG MIT
§ 129 / 129A!

Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Stichwort: 12. Mai
Konto 19 11 00-462
Postbank Dortmund
BLZ 440 100 46

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 751 41



Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.

Wir stellen ReferentInnen und informieren über:

- neofaschistische Organisationen - die Neue Rechte - Naziskins -
Sekten - etc.

Aber: wir brauchen dingend Geld

Unterstützt uns durch Spenden, Fördermitgliedschaften und die Zusendung von
Informationen.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Falckensteinstr. 46 - 10997 Berlin

Tel.: 030/6116249

Kto.-Nr. 0670017787 BLZ: 100 500 00

Sparkasse Berlin

Heinrich Hannover
Die Republik vor Gericht
1975-1995

Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts

Wer noch immer zweifelt, was er/sie später nach der Schule machen will oder noch unsicher ist, was ein Studium angeht, sollte dieses Buch unbedingt lesen. Heinrich Hannover-Jahrgang 1925- schildert in seinem Werk eindrucksvoll einen Teil bundesdeutscher Geschichte und gibt dem Leser die Möglichkeit einen Blick in deren "Rechtsprechung" zu werfen, was bei manch einem, der sich den Glauben in die Justiz noch bewahrt hat, Entsetzen, Wut oder Enttäuschung verursachen mag.

Heinrich Hannover berichtet von seinen Erlebnissen und Erfahrungen aus 22 Fällen, in denen er als Anwalt mitgewirkt hat. Die Liste seiner Mandanten ist dabei lang und geht von Persönlichkeiten wie Ulrike Meinhof bis Hans Modrow. So schildert Hannover beispielsweise seine Verteidigertätigkeit für den Arzt Dr. Karl Heinz Roth, der zusammen mit einem weiteren Mann des Mordes und des zweifachen Mordversuchs angeklagt wurde. Bei einer Polizeikontrolle wurden er und zwei weitere Insassen seines Autos von hysterisch handelnden Polizisten, die glaubten es mit Terroristen zu tun zu haben ange- bzw. erschossen. Um eine Rechtfertigung für ihr Handeln zu geben wurden Anklagen konstruiert, was nur durch die Unterstützung der Polizei und deren unwahren Behauptungen möglich war. Hannover erzählt, wie die Hüter von Gesetz und Ordnung sich über alles hinwegsetzten und mit welcher Willkür jene handelten. Angst kommt auf, wenn Hannover die wahren Tatzusammenhänge aufdeckt unter denen die "Morde" abliefen: Unter anderem wurden Karl Heinz Roth, der fast totgeschossen am Boden lag von einem aufgehetzten Hund eines Polizeibeamten zusätzliche Verletzungen zugefügt. Es wird deutlich, daß es den Beamten darum ging diesen "linken" Arzt auszuschalten, was in einem "Rechtsstaat" unglaublich erscheint. Die Person, die eigentlich das Recht zu einer Klage hätte, findet sich nun als Beklagter wieder und muß in einem obskuren Prozeß 4 Jahre dafür kämpfen, einen Freispruch zu erreichen in dessen Verlauf noch einmal scheinbar unglaubliches ans Tageslicht befördert wird. Was wie ein Märchen klingt ist/war Realität in einem Land, daß sich selbst als "Rechtsstaat" preist. Heinrich Hannover als Verteidiger Roths berichtet von entwürdigenden Kontrollen vor jedem Verhandlungstag und die Konsequenzen, die seine Tätigkeit für ihn hatte: finanzielle Probleme, die bis zur Existenzbedrohung führten sind dabei nur ein Beispiel.

In den anderen von Heinrich Hannover angeführten Fällen wie "Eine öffentliche Rekrutenvereidigung und ihre Folgen" wird immer wieder deutlich welcher Willkür

und Hilflosigkeit mensch ausgeliefert ist. Hannover bestätigt in diesem Kapitel , was ich und vielleicht andere auch bis dato immer nur vermutet haben, Strafanzeigen oder gar Prozesse gegen Polizisten sind unmöglich. Auch wenn die Beweislagen wie in diesem Fall, als Polizisten grundlos Demonstranten nach dieser Rekrutenvereidigung abfangen und ihren Frust an ihnen entladen, eindeutig erscheinen, hat mensch keine Chance. Erschreckend erscheint dabei zusätzlich die Tatsache, daß selbst Frauen und ältere Menschen von Übergriffen durch Polizeibeamte nicht verschont blieben. Obgleich es Beweise für dieses derartig unangemessen harte Verhalten gab, kam es natürlich nicht zu einem Prozeß , denn Polizisten mit soviel Courage gab es 1980 ebenso wenig wie heute. Doch nicht nur die Hüter von Gesetz und Ordnung werden hier entlarvt. Auch von unnachgiebigen Richtern und Staatsanwälten, die mit der NS-(Un)Rechtsprechung noch nicht gebrochen haben, ist die Rede. Heinrich Hannover, der sich mittlerweile von seinem Beruf als Anwalt zurückgezogen hat, schreibt im Nachwort:"...Denn man gibt ja die Hoffnung nicht auf, daß man auch mit Büchern etwas dazu beitragen kann, die Welt zu verändern. Sie hat es nötig." womit er wohl zweifelsfrei Recht hat. FAZIT: Für mich war dieses Buch mit seinen 496 Seiten sehr beeindruckend und hat in mir den Wunsch geweckt in Heinrich Hannovers Weise aktiv zu werden. Vielleicht geht es ja anderen nach der Lektüre dieses Buches ähnlich, und wir treffen uns alle an der Uni im Studiengang Rechtswissenschaften wieder.

Aber auch für Nichtjuristen ist dieses Buch spannend und informativ als ein Blick auf "gegen den Strich gebürstete Zeitgeschichte"!

AUTOR

HEINRICH HANNOVER

TITEL

**DIE REPUBLIK VOR GERICHT 1975-1995/ERINNERUNGEN
EINES UNBEQUEMEN RECHTSANWALTS**

VERLAG

AUFBAU-VERLAG

ISBN

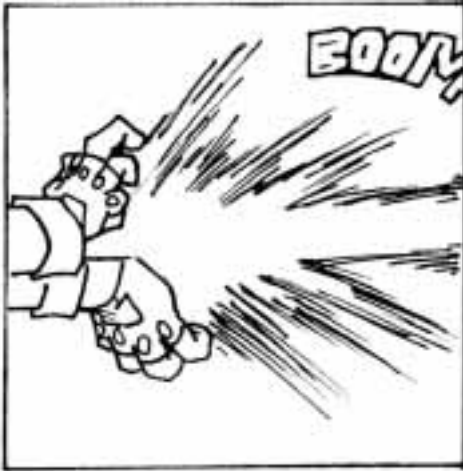
3-351- 02481-9

PREIS

DM 49,80 DIE SICH LOHNEN

LAB DAS GLOTZAN
SÄIT
GRAIT AINZ! 3. WAHL





Verdammter Dieb

Ich bin 17 Jahre alt
und bin seit 18 Jahren nun dein Knecht
für dich lerne ich seit vielen Jahren,
seit vielen Jahren nur falsches Recht.
Wenn ich hier sitze in meinem Gefängnis
und ich sitze hier allein
meine Eltern haben vergessen zu sein wie ich
und sie haben vergessen zu sein
sie ertragen nun ihr gezinktes Los.
Sie haben gelernt für dich
und haben gelernt zu verlieren gegen dich
haben gelernt zu kämpfen, zu verlieren
gegen sich
du verdammter Dieb
gib mir meine Eltern zurück
es sind nicht die deinen
aber wohl die meinen
zerstör mir nicht mein Glück.

Du hast mir Fesseln angelegt
ich kann sie schmerzhaft spüren
sie drücken mir die Kehle zu
bringen mich zum Reden
wenn ich schweigen will
sie erdrosseln meine Seele
erbarmungslos

mein Körper stirbt in der Schule
und meine Seele sitzt fest
mein Körper macht was du befehlst
und meine Seele sitzt fest
er quält meine Seele damit ich sein kann
und vor lauter Sterben und der Angst davor
vergess ich, daß ich niemals war
verlier an Lügen jedes Ohr
du verdammter Dieb
gib mir mich zurück
hör auf mich auszubrennen
mich und fernes Glück

Ich bin nun 30 Jahre alt
und tausend Jahre bin ich dein Knecht
von den Wänden deiner Schulen

der Gefängnisse, die das Sterben lehren
und mich am Leben hindern
von deinem Palast blättert der Putz
und langsam sticht die Wahrheit hervor
mit großen, rosa Buchstaben in Stein geritzt
in indisch
ich kann kein indisch
du hast es mir nie beigebracht
hast gesagt, du wirst es nicht brauchen
du hast gesagt ich werd es nicht brauchen
weil du das Alter deiner Schulen kennst
die Pfeiler deiner gottlosen Kirchen
sind morsch und stürzen langsam ein
meine Fesseln sind neu wie immer
in der Ewigkeit meines Todes
rostfrei, made in Germany
du verdammter Dieb
gib mir die Schlüssel für meine Fesseln

du hast keine
kommt meine Kinder
ihr müßt durch die Fenster fliehen
noch sind eure Füße klein
und die Fesseln so groß wie der Schmerz
eurer Zukunft
wieso kommt ihr zurück
es gibt keine Fenster?
Ihr hattet kein Glück
du verdammter Dieb
Mörder meiner Eltern, meiner selbst und
meiner Kinder
du verdammter Mensch,
wieso tust du das?

Mehringhof: Keine Kriminalisierung von linken Projekten!

Am Sonntag 19.12.99 um 6 Uhr morgens stürmten ca. 1000 Polizisten, verummte Beamte der Antiterrorereinheit GSG 9, Bundeskriminalamt (BKA), BGS und Bundesanwaltschaft (BAW) den Mehring Hof in der Gneisenaustraße 2a in Kreuzberg. Hintergrund der Aktion ist die Tatsache, daß zwei Mitarbeitern die Mitgliedschaft in der militanten, linksradikalen Organisation "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" vorgeworfen wird und diese Sprengstoff und Waffen im Mehringhof versteckt haben sollen. Bei der Hausdurchsuchung war das Ergebnis für BAW und BKA gleich null, da nichts Verbotenes bzw. Kriminelles gefunden worden ist. So vielleicht die Kurzfassung von den Ereignissen am Sonntag. Doch wir werden dieses Thema näher Durchleuchten, d.h. klären, was ist der Mehringhof, was sind die "Revolutionären Zellen/Rote Zora" und was gab es darauf für Reaktionen.

Der Mehringhof ist 1979 entstanden, nämlich zu der Zeit, als die ersten Häuser besetzt worden sind, um die systematische Zerstörung von Wohnraum zu stoppen und diesem etwas entgegenzusetzen: machbare und bezahlbare Sanierung, Erhalt der Kreuzberger Mischung aus Wohnen und Arbeiten. Neben diesem sogenannten Häuserkampf entwickelt sich eine breite alternative Ökonomie, Unternehmen und Handwerksbetriebe wurden kollektiv organisiert, Schulen und Kinderläden in Selbstverwaltung gegründet. Und genau dort setzt die Entwicklung des Mehringhofes an, da sich zu dieser Zeit sechs alternative Projekte und SchülerInnen und LehrerInnen einer Schule für Erwachsenenbildung (zweiter Bildungsweg) zusammaten und kauften gemeinsam als GmbH das Fabrikgrundstück der Fa. Berthold, mit einer Fläche von 5000 qm, auf dem Hinterhof der Gneisenaustraße 2a für knapp 2 Mio DM. Dieses Gelände wurde ausgebaut und ist seitdem das Zuhause von zahlreichen alternativen und linken Projekten. Wichtige Projekte sind z.B. "Das Antifaschistische Info-Blatt" - eine antifaschistische, bundesweite Zeitung; der Ermittlungsausschuß kümmert sich um Festgenommene und rechtliche Sache (siehe Rote Hilfe); das EX autonome Kneipe, das MehringHof-Theater; "Schwarze Risse" Buchladen und Verlag und zahlreiche soziale Projekte wie das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin oder der Gesundheitsladen e.V.. Insgesamt sind dort über 30 alternative und linke Projekte zu finden. Der Mehringhof steht unter Selbstverwaltung, d.h. alles wird autonom geregelt ohne Subventionen durch den Staat und über Entscheidungen werden in einem monatlichen Plenum aller Projekte abgestimmt. Das Gelände wird mit Grundstrom durch das eigene umweltbewußte BlockHeizKraftWerk versorgt, die Klospülung wird über die Regenwasseranlage mit Wasser versorgt und die Dachterasse ist begrünt. So kann man sagen, daß der Mehringhof, ein Synonym für selbstbestimmtes Leben ist. Aus diesem Grund ist das Projekt Mehringhof schon immer Angriffspunkt des Staates gewesen. So wurde der Mehringhof schon in den 80-ern zur Terroristenhochburg erklärt worden. Durch diese Aktion am Sonntag soll dieser Eindruck, der über die Medien auch größtenteils transportiert worden ist, verstärkt werden. So sollen der Mehringhof kriminalisiert werden, denn alternatives Leben wird und darf nicht geduldet werden.

Folglich wurde auch nichts strafrechtlich Verbotenes gefunden. Ganz im Gegenteil es wurde ein Sachschaden von 100.000 DM durch die herumwütenden Beamten verursacht. Dies hauptsächlich dadurch, daß man Zwischendecken herauschlug und Löcher in Wände bohrte, um Sprengstoff zu finden. Bei der Stürmung traf die Staatsmacht auf die Reste einer Party. Die ca. 20 Leute wurden 5-6 Stunden festgehalten, durften nicht auf Toilette, trinken oder telefonieren. Nach der Stürmung dauerte es 3 Stunden bis MieterInnen in das Gebäude gelassen wurden, in der Zwischenzeit waren schon fast alle Schlösser aufgebrochen und der komplette Häuserblock um den Mehringhof abgeriegelt worden. Das Einzige, was die Polizei mitnahm, waren 60 Seiten Papiere von 1986, die weniger etwas mit dem Tatvorwurf zu tun haben.

Zeitgleich wurden in Berlin zwei Mitarbeiter und in Frankfurt/Main eine Frau in ihren Privatwohnungen festgenommen. Ihnen wird die Mitgliedschaft in einer "Terroristischen Vereinigung", den "Revolutionären Zellen/Rote Zora" vorgeworfen. Einer von ihnen soll Sprengstoff und Waffen im Mehringhof gelagert, weitergegeben und betreut haben.

Die Organisationen "Revolutionäre Zellen" und "Rote Zora" (RZ) sind ebenso wie die "Bewegung 2.Juni" und die RAF Ergebnis der Radikalisierung der 68-er Bewegung. Sie arbeiteten wie die anderen Gruppen nach dem aus Lateinamerika abgeleiteten Stadtguerillakonzept und sahen die Notwendigkeit von revolutionärer Gewalt zur Gesellschaftsveränderung. Als 1973 die ersten Gruppen der "Revolutionären Zellen" unter diesem Namen ihre Aktivitäten aufnahmen, konnten sie auf die Negativerfahrungen der sogenannten Mai-Offensive der RAF zurückgreifen. So ist der Unterschied der RZ zur RAF die Schlußfolgerung, daß der einzige Schutz vor staatlicher Verfolgung die gänzliche Anonymität der Mitglieder und eine dezentrale und nicht hierarchische Arbeitsweise ist. Außerdem verfolgten die RZ nie das Ziel, eine Avantgarde-Organisation zu sein. So hieß der selbstformulierte Anspruch der RZ: "Alle müssen alles können". Für Fahndungsbehörden, wie BKA und den Verfassungsschutz, sind die RZ bis heute eine weitgehend unbekannte Größe geblieben. Sie wurden unter "Feierabendterrorismus" gehandelt, und die bürgerlichen Medien schenkten den RZ nicht die Aufmerksamkeit wie der RAF, obwohl quantitativ mehr Anschläge ausübten. Aktionen orientierten sich an Problemen in der Gesellschaft. So wurden soziale Kämpfe unterstützt wie gegen Tarifierhöhungen der BVG und §218. Außerdem wurden Repräsentanten von Institutionen wie der Berliner Ausländerbehörde angegriffen. So hatte die RZ eine starke antirassistische und antiimperialistische Ausrichtung. Abschließend kann man erneut nur sagen, daß die Stürmung am Sonntag nur dem Zweck dient das linke Projekt Mehringhof zu kriminalisieren, das nun seit 20 Jahren für alternatives Leben inmitten der kapitalistischen Verwertungslogik existiert. So sind die Festnahmen nur ein Vorwand, um die Kriminalisierung von linken Projekten voranzutreiben.

Mumia Abu-Jamal



Am 5. Februar wird es eine Demo für die Freiheit für Mumia Abu-Jamal geben. Doch wer ist Mumia, wieso sitzt er in der Todeszelle, werden sich sicherlich einige von euch fragen. Dies soll der Artikel beantworten.

Mumia wurde 1954 in einem schwarzen Armenviertel in Philadelphia geboren und begann sich schon als Jugendlicher in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung zu engagieren. Mit 14 wird er das erste Mal auf einer Demonstration verhaftet. Seit dem 15. Lebensjahr führt das FBI eine Akte über ihn. 1969 wurde Mumia Mitbegründer und Informationsminister der Black Panther Party in Philadelphia. Dies brachte ihm u.a. die

Aufnahme in die National Security Index ein, eine Liste von Personen, die im Falle eines Notstandes zu inhaftieren sind. Als Radio-Journalist bekam er den Beinamen "the voice of the voiceless", die Stimme der Stimmlosen. Besonders mit seiner kritischen Berichterstattung im Prozeß gegen den Gründer der schwarzen Befreiungsorganisation "Move" im Sommer 1981 nahm er konsequent die Konfrontation mit dem weißen Establishment auf. Im Dezember des gleichen Jahres wurde er von einem Polizisten niedergeschossen, als er versuchte, in einem Handgemenge einzugreifen, in das sein Bruder bei einer Straßenkontrolle von Polizisten verwickelt war. Dabei wurde ein Polizist getötet. Als Mumia im Krankenhaus zu sich kam, stand er unter Mordanklage und ist seitdem in Isolationshaft. Am 3. Juli 1982 wurde er unter dem Vorsitz von Richter Albert Sabo, der den Rekord im Fällen von Todesurteilen innerhalb einer Richterlaufbahn in den USA hält, zum Tode verurteilt. Das dieses Urteil einen rassistischen Hintergrund hat, ist nicht zu übersehen, besonders wenn berücksichtigt wird, daß in Pennsylvania 6% der Bevölkerung aber 61% der zum Tode verurteilten eine schwarze Hautfarbe haben. Die Beweislage in diesem Fall war mehr als dürftig. Seine Verteidigungsmöglichkeiten wurden vor Gericht stark eingeschränkt. Ballistische Gutachten (bspw. Schmauchspuren) und Zeugenaussagen, die die Anklage widerlegen, wurden unterdrückt und eine Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt. Die Hinrichtung wurde auf den 17.8.1995 anberaumt und konnte ebenso wie der Hinrichtungstermin am 2. Dezember diesen Jahres durch internationale Proteste verhindert werden.

Trotzdem hängt sein Leben an einem seidenen Faden, da es deutlich ist, daß Mumia aufgrund seines politischen Kampfes legal gelyncht werden soll und deshalb jederzeit ein neuer Hinrichtungstermin kommen kann. Aus diesem Grund gibt es am 5. Februar um 14 Uhr eine bundesweite Demonstration für die Freiheit Mumia Abu-Jamal. Treffpunkt ist der Rosa-Luxemburg-Platz.

**FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL
UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**

+++ KURZMELDUNGEN +++

6.11.

In **Göttingen** wollte die NPD eine Demo machen, welche durch die Mobilisierung von Linken verboten werden mußte. Dafür demonstrierten 5000 - davon 3000 autonome AntifaschistInnen - Menschen gegen rechten Terror. Trotz des Verbots kamen einige verirrte Nazis nach Göttingen, welche kaputte Autos oder einige Blessuren davon tragen mußten.

In **Pasewalk** demonstrierten in der Zwischenzeit ca. 200 Nazis, welche aufgrund der Tatsache, daß es sich um ein ostdeutsches Städtchen handelt, aufkaum/keinen Widerstand trafen. Am Abend fand in **Neustrelitz** der alljährlich stattfindende Fackelmarsch der Nazis statt. Obwohl ein paar Gegen-demonstranten vor Ort waren und sich zu einem Demonstrationszug zusammenschlossen, konnte dank der Bullen der Fackelaufmarsch stattfinden.

Silvio-Meier-Demo

Wie jedes Jahr fand am Todestag (21.11.) von Silvio-Meier eine Gedenkdemo statt.

Dieses Jahr richtete sich die Demo

gegen Naziläden, speziell gegen den "Two Flags Store", welcher durch den Verkauf von Nazi-Propaganda-Material aufgefallen ist. Zur Demo kamen in etwa 2000 Leute. Man/frau zog vom U-Bhf. Samariterstraße bis zum Ernst Thälmann-Denkmal in der Greifswalder Straße.

Battle in Seattle

Am Abend des 1. Dezembers waren rund 50000 DemonstrantInnen in Seattle auf der Straße, um gegen die WTO (Welthandelsorganisation), welche zu dieser Zeit in Seattle ihre Eröffnungsrunde abhielt, zu protestieren. Mit Barrikaden und Straßenblockaden verzögerten sie den Anfang der Verhandlungen. Die Lage geriet außer Kontrolle, so daß der Ausnahmezustand verhängt wurden ist.

Auch in London kam es zu Auseinandersetzungen, als mehrere tausend Menschen gegen die Politik der WTO demonstrierten. Barrikaden und brennende Polizeiautos bestimmten auch dort das Bild.

In beiden Städten entstand ein Bündnis, dessen Konsens in der Kritik an einer neoliberalen Weltwirtschaft liegt.

+++ KURZMELDUNGEN +++

Kein "Siegesfeier" für Nazis

Braunschweig. Am 4. 12. '99 wollten NPD und Kameradschaften ihren "Sieg" über die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" feiern, die zur Zeit überarbeitet wird und eigentlich hätte in Braunschweig gezeigt werden sollen.

Das OVG Lüneburg bestätigte jedoch das Aufmarschverbot, gleiches galt für die Ausweichorte Magdeburg und Lehrte. In Braunschweig demonstrierte zeitgleich ein Bündnis aus über 90 Organisationen mit ca. 1000 Menschen gegen Faschismus.

REPs in Hohenschönhausen

In der Nacht vom 18. auf dem 19. November haben Unbekannte in der Gegend des Bezirksamtes Hohenschönhausen in der Großen-Leege-Straße, indem die BVV stattfindet, Plakate geklebt. In diesen Plakaten richten sie sich gegen den Einzug vom republikanischen Thomas Kay. "Er ist einer der ranghöchsten Funktionäre des Landesverbandes Berlin der Republikaner. Als Landesvorstandsmitglied und

besonders als Vorsitzender der Republikanischen Jugend, der Jugendorganisation der Reps, besteht eine seiner Hauptaufgaben in der Rekrutierung von Jugendlichen zu Jungnazis." (Plakat).

Es ist toll, daß es solche Aktionen gibt. Weiter so.

Nicht nur Linke gehen **Plakatieren** sondern auch ein paar Nazis, die ihrer eigenen geliebten Sprache nicht mächtig sind. So verklebten diese nationalen Legastheniker drei verschiedene selbstgemachte Plakate, die z.B. zum Heimatschutz und zur Ehrung der Wehrmacht aufrufen. Leider war die Arbeit schon am gleichen Tag zunichte gemacht worden.



Termine

- jeden Dienstag:
Im TEK, Oranienstr. 36 trifft sich um 18.00 Uhr die Gruppe "SchülerInnen aktiv für Mumia".
 - jeden Mittwoch:
Protestmahnwache gegen die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal von 16:00-18:00, Unter den Linden/Ecke Neustädtische Kirchstrasse (nahe der US-Botschaft)
 - jeden Donnerstag:
Mumia Abu-Jamal-Café' von 16:00-20:00 im Intercambio, Kreuziger Str. 18, Berlin-Friedrichshain
-
- 22.11.1999-15.2.2000: Galerie Olga Benario
"Die untergetauchte Kamera - Fotografie im Widerstand Amsterdam 1940-1945". In den letzten Kriegsjahren hatte die deutsche Besatzungsmacht der niederländischen Bevölkerung das Fotografieren unter freiem Himmel verboten. Also begannen niederländische Fotografen illegal zu fotografieren.
-
- Samstag, 8.1.
18.00 Uhr: SO36
"Antifa-Erlebniswochenende" der AAB - internationale Antifaveranstaltung mit Antifas aus europäischen Ländern (Schweden, Dänemark, Österreich, Frankreich, Tschechische Republik, Slowenien),
Simultanübersetzung, zur Frage der verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern und Gegenstrategien der Antifa. Anschließend ab 22.00 Uhr Party (HipHop, Ragga, MCs und Cocktails, ebenfalls im SO36), Special Guests: Rotzlöffel's HiFi featuring Backyard Crew.

Termine

- Sonntag, 9.1.
10.00 Uhr: Frankfurter Tor (F'hain)
Demonstration zum Gedenken an
die Ermordung von Rosa Luxemburg
und Karl Liebknecht, mit
revolutionärem Antifablock
"Starke Linke".

- Freitag, 14.1.
21.00 Uhr: X-B-Liebig
Cocktailparty vom Büro für
antimilitaristische Maßnahmen
(BamM!) für die StörerInnen des
Gelöbnix 99. Solidarisch saufen!

- Samstag, 22.1.
21.00 Uhr: X-B-Liebig
"Take a chance on the X-B-Liebig ... 2000 wird alles besser" -
LesbenFrauenparty mit verschiedenen DJanes und Cocktaillresen.

- Samstag, 29.1.
11.00 Uhr: Rosa-Luxemburg-Platz
Demonstration gegen Antisemitismus.
22.00 Uhr: Ex
FrauenLesben-Soliparty für den Notruf.

- Sonntag, 30.1.
14.00 Uhr: S-Bhf Schönhauser Allee
Demonstration: "Kein Raum für Faschisten! - Weg mit der
REP-Bundeszentrale!"

- Samstag, 5.2.
14.00 Uhr: Rosa-Luxemburg-Platz
Bundesweite Demo für Mumia Abu-
Jamal.

Locations

- Bandito Rosso
Lottumstr. 10a (Mitte)
- Köpi
Köpenickerstr. 137 (Mitte)
- EX
Gneisenaustraße 2a (X-Berg)
- Thommy-Weisbecker-Haus
Wilhelmstr. 9
- X-B-Liebig
Liebigstraße 34
- Olga Benario
Weserstr. 5, Eingang über
Restaurant "Orlando"
- Zielena Gora
Grünbergerstr. 73 (F'hain)

Aktuelle Termine findet ihr unter
<http://www.stressfaktor.squat.net>



“Noch herrscht der Wind von oben, es kommt der Wind von unten, und dann kommt der Sturm. So wird es sein. Wenn der Sturm nachläßt, wenn der Regen und das Feuer die Erde zur Ruhe kommen lassen, dann wird die Welt nicht mehr diese Welt sein, sondern etwas Besseres.”

EZLN (Guerilla aus Mexiko), August 1992

